

Sperrfrist bis 09.45 Uhr

Medienmitteilung

3. Februar 2026

Mit klarem Kompass durch stürmische Zeiten

Wichtige Standortentscheide im 2026: Handelsabkommen, Wettbewerbsfähigkeit, solide Finanzen

Das Wichtigste in Kürze:

- **Die anhaltenden internationalen Spannungen belasten die Schweizer Wirtschaft. Die Schweiz braucht mehr denn je eine verlässliche Wirtschaftspolitik, die auf eine breite Diversifizierung der Handelsbeziehungen und attraktive Standortbedingungen setzt.**
- **economiesuisse erteilt einer zunehmenden Staatsverschuldung eine klare Absage. Die Wirtschaft sagt Nein zur Klimafonds-Initiative und fordert die vollständige Umsetzung des Entlastungspakets 27.**
- **Das Jahr 2026 muss im Zeichen des Bürokratieabbaus stehen. Bestehende Regulierungen gilt es zu vereinfachen und auf neue Regulierungslasten ist zu verzichten.**

Die geopolitischen und weltwirtschaftlichen Spannungen halten an. Handelskonflikte, Blockbildungen und Protektionstendenzen akzentuieren sich. Als international verflochtener Standort ist die Schweiz mehr denn je auf möglichst diversifizierte und verlässliche Handelsbeziehungen angewiesen, wie Christoph Mäder, Präsident von economiesuisse, an der Jahresmedienkonferenz ausführt. «Sowohl das Handelsabkommen mit den USA als auch die Bilateralen III sind wichtig, damit die Schweiz ihre wirtschaftliche Handlungsfähigkeit wahren kann.» Auch die Freihandelsabkommen und namentlich das derzeit zur Debatte stehende Abkommen mit Mercosur stellen einen wichtigen Pfeiler für den internationalen Marktzugang dar. «Je diversifizierter, desto besser. Es braucht deshalb alle Abkommen. Ein gegenseitiges Ausspielen der Abkommen hingegen ist falsch», sagt Mäder.

Mit liberalem Kompass im turbulenten Umfeld geschickt navigieren

In einem Umfeld zunehmender Unsicherheit ist Navigation mit einem klaren wirtschaftspolitischen Kompass gefragt. Für economiesuisse bedeutet dies: Die Schweiz muss konsequent auf Offenheit, Wettbewerbsfähigkeit und stabile Rahmenbedingungen setzen. Die Offenheit als wichtiger liberaler Wert steht dabei in diesem Jahr gerade auch gesellschaftspolitisch unter Druck. Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative fordert eine starre Bevölkerungsbergrenze. Gerade angesichts der demografischen Entwicklung ist ein solcher Deckel alles andere als sinnvoll. Bereits heute herrscht in vielen Bereichen der Wirtschaft und der öffentlichen Dienstleistungen Arbeitskräftemangel. Zu wenig Pflegende für ältere Menschen. Fehlende Ärztinnen und Ärzte in den Spitälern. Zu wenig Personal in den Hotels und Gastrobetrieben. Und zu wenig Fachkräfte in der Industrie. Es wäre falsch, den Zugang zu ausländischen Arbeitskräften zu verbarrikadieren, weshalb die Wirtschaft die Initiative klar ablehnt.

Gegen Schuldenwirtschaft: Nein zur Klimafonds-Initiative, Ja zum Entlastungspaket 27

Das Jahr 2026 wird zur Bewährungsrobe für den Bundeshaushalt und die Schuldenbremse. economiesuisse lehnt die links-grüne Klimafonds-Initiative, über die am 8. März abgestimmt wird, klar ab. Eine Annahme der Initiative würde zu einer massiven Ausweitung der Staatsausgaben führen – zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und der finanziellen Stabilität des Landes. «Es handelt sich um eine weitere Initiative, die vom Staat etwas bestellt, ohne zu sagen, wer die Rechnung bezahlt», sagt Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse. Klar ist, dass die Schuldenwirtschaft zunähme und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zusätzlich und massiv belastet

würden. Doch selbst ohne die Klimafonds-Initiative drohen dem Bund höhere Schulden. «Deshalb ist das Entlastungspaket 27 notwendig. Nur so kann die Schuldenbremse eingehalten und der Bundeshaushalt finanziell robust aufgestellt werden», so Rühl. Klar ist: Die Stabilität ist eine Stärke der Schweiz – ganz besonders in stürmischen Zeiten wie diesen.

Abbau von Regulierungslast als wichtiger Schwerpunkt im Jahr 2026

Nicht nur die Schuldenlast, sondern auch die zunehmende Regulierungslast stellt ein ernsthaftes Problem für den Wirtschaftsstandort Schweiz dar. Pro Jahr wären 30 Milliarden Franken Bürokratiekosten vermeidbar, wenn die Behörden ihre Prozesse effizienter und digitaler ausgestalten würden. Ein Beispiel lähmender Prozesse sind die langwierigen Baubewilligungsverfahren, die vereinfacht werden müssen. Ebenso wichtig ist, dass auf neue Regulierungslasten verzichtet wird. So würde etwa die neue Konzernverantwortungsinitiative zu zusätzlichen Vorschriften, Pflichten und Belastungen für die Unternehmen führen. Damit stünde die Schweiz international völlig im Abseits. So hat die EU mit ihrem «Omnibus»-Paket beschlossen, die Nachhaltigkeitsregeln für die Unternehmen zu vereinfachen und zu entschlacken.

Ja zur Individualbesteuerung

Ein anderer wichtiger Standortfaktor ist die steuerliche Attraktivität für Privatpersonen und Unternehmen. Mit der Abstimmungsvorlage über die Einführung der Individualbesteuerung hat die Schweiz die Chance, das Steuersystem für die Privatpersonen attraktiver auszustalten. Die heutige Paarbesteuerung führt dazu, dass gewisse verheiratete Doppelverdiener mehr Steuern zahlen als unverheiratete Paare mit vergleichbaren Einkommen. Diese sogenannte Heiratsstrafe, die vor allem bei der Bundessteuer besteht, trifft rund 670'000 Ehepaare. Darüber hinaus bringt das bestehende System einen ungewünschten Nebeneffekt mit sich: Die gemeinsame Besteuerung dämpft die Erwerbsanreize von Zweitverdienenden, meist Frauen. Denn Zusatzeinkommen fallen rasch in eine höhere Progressionsstufe und damit wird ein höheres Arbeitspensum unattraktiver. Mit der Einführung der Individualbesteuerung können diese Probleme gelöst werden. economiesuisse unterstützt die Individualbesteuerung und hat die Ja-Parole für die Abstimmung am 8. März gefasst.

Rückfragen:

Silvan Lipp

Leiter Kommunikation

Mitglied der Geschäftsleitung

Telefon: +41 44 421 35 57

E-Mail: silvan.lipp@economiesuisse.ch

Sperrfrist bis 09.45 Uhr

Jahresmedienkonferenz 2026

3. Februar 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Mit klarem Kompass durch turbulente Zeiten navigieren

Christoph Mäder, Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zur unserer heutigen Jahresmedienkonferenz. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Wie Sie wissen, geht meine Amtszeit im Herbst dieses Jahres zu Ende. Es ist somit meine letzte Jahresmedienkonferenz als Präsident von economiesuisse. Gerne möchte ich diese Gelegenheit nutzen, Ihnen an dieser Stelle für Ihr Interesse an unserem Wirtschaftsstandort und für die Berichterstattung über die Schweizer Wirtschaft zu danken. Ich kann Sie beruhigen: Es erwartet Sie nun kein umfassender Rückblick auf Erreichtes und nicht Erreichtes in den letzten sechs Jahren meiner Amtszeit. Mein Blick richtet sich heute nach vorne. Denn vor uns liegen wichtige wirtschaftspolitische Entscheide. Entscheide, die unseren Wirtschaftsstandort massgeblich prägen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es scheint wie ein böser Traum zu sein, der Realität geworden ist. Die Schweiz findet sich auf einen Schlag in einer Welt der Unordnung und anhaltenden geopolitischen Spannungen wieder. Alte Gewissheiten und Prinzipien, die wir für immerwährend betrachteten, wurden über Bord geworfen. An die Stelle des regelbasierten Welthandels trat das Recht des Stärkeren. Machtkämpfe und Handelskriege prägen die aktuelle Weltlage. Auch die NATO als Fundament der westlichen Sicherheitsarchitektur erlebt derzeit im Kontext der Grönland-Frage ausgesprochen schwierige Zeiten. Das macht mir Sorgen. Wir als Schweiz müssen darauf geschickt reagieren. Die Schweiz ist ein kleines, robustes Boot auf stürmischer See. Wir müssen uns überlegen, wie wir in diesen geopolitisch und weltwirtschaftlich turbulenten Zeiten bestmöglich navigieren, um erfolgreich zu bleiben.

Um navigieren zu können, braucht es einen verlässlichen Kompass. Die Schweiz ist bislang mit ihrem liberalen Kompass gut gefahren. Und ich bin überzeugt, dass dieser auch in der aktuellen Welt der Unordnung eine zentrale Rolle spielen muss. Wir müssen deshalb an diesem liberalen Kompass festhalten. Das ist anspruchsvoll und es stehen eine Reihe von Bewährungsproben vor uns.

Eine wichtige Orientierungsfrage, die sich uns stellt, ist: Bleibt die Schweiz auch in Zukunft ein Land, das auf Offenheit setzt, diese verteidigt und vorlebt? Offenheit bedeutet in der Aussenwirtschaftspolitik insbesondere auch eine möglichst breite Diversifizierung der Handelsbeziehungen. Der Bundesrat hat mit grossem Engagement und Erfolg mehrere **wegweisende Freihandelsabkommen** ausgehandelt und damit das Freihandelsnetz ausgeweitet. Sie sind Zeichen dieser Offenheit. Es ist bekanntlich nicht auszuschliessen, dass das Freihandelsabkommen mit Mercosur zu einer Volksabstimmung gelangt. Wenn dem so ist,

so wird dies eine wichtige Bewährungsprobe für die Offenheit sein und wir können ihnen versichern, dass sich die Wirtschaft mit voller Kraft für das Freihandelsabkommen engagieren wird.

Für unsere stark exportorientierte Volkswirtschaft ist es von zentraler Bedeutung, dass wir mit möglichst vielen Handelspartnern über verlässliche und möglichst offene Handelsbeziehungen verfügen. Je diversifizierter, desto besser. Dies gesagt, ist für uns auch klar, dass es falsch ist, wenn das **US-Handelsabkommen** und die **Bilateralen III** gegeneinander ausgespielt werden. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch. Die EU ist mit rund 51 Prozent unserer Warenexporte der mit Abstand wichtigste Handelspartner, gefolgt von den USA mit knapp 18 Prozent. Wir können auf keinen der grossen Handelspartner verzichten. Wir brauchen stabile vertragliche Grundlagen mit beiden Handelspartnern. Die Bilateralen III bieten die Chance, den bilateralen Weg mit der EU zu modernisieren und den optimalen Zugang zum EU-Binnenmarkt zu sichern. Parallel dazu gilt es, das US-Handelsabkommen erfolgreich zu verhandeln. Nur mit beiden Abkommen bleibt die Schweiz wettbewerbsfähig und innovativ. Beide sichern den Marktzugang und damit Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz.

Die Offenheit als wichtiger liberaler Wert steht auch gesellschaftspolitisch unter Druck. Die **10-Millionen-Schweiz-Initiative** fordert diese Offenheit heraus. Die Initiative verlangt bekanntlich eine starre Bevölkerungsobergrenze – also eine Art Käseglocke über der Schweizer Bevölkerung. Wenn ich mit Leuten spreche, die mit einer Zustimmung zur Initiative liebäugeln, dann höre ich oft: Es sei ein Bauchgefühl, das sage, es sei *zu viel*. Zu viele Menschen, zu viel Stau, zu viel Dichtestress. Meine Antwort lautet jeweils, dass ich das gut nachvollziehen kann. Aber, und das ist der entscheidende Punkt: Sehr bald werden wir eben in vielen Bereichen nicht *zu viel*, sondern *zu wenig* haben. Zu wenig Pflegende für ältere, pflegebedürftige Menschen. Fehlende Ärztinnen und Ärzte in unseren Spitälern. Zu wenig Personal in den Hotels und Gastrobetrieben. Zu wenig Lokführer und Busfahrer. Zu wenig Fachkräfte in unserer Industrie. Zu wenig junge und erwerbstätige Menschen, die in unsere Sozialwerke und in unsere Altersvorsorge einzahlen. Die Demografie können wir nicht austricksen. Es gehen mehr Menschen in Rente als junge Menschen in die Erwerbstätigkeit eintreten. Kann es vor dem Hintergrund dieser demografischen Entwicklung sinnvoll sein, dass wir uns eine starre Bevölkerungsobergrenze aufsetzen und den Zugang zu ausländischen Arbeitskräften verbarrikadieren? Nein, diese Initiative ist das falsche Rezept, um den Sorgen der Bevölkerung ernsthaft zu begegnen. Was wir aber tun müssen: Mehr Wohnungen bauen, unsere Infrastrukturen an die Gegebenheiten anpassen und bestmögliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Erwerbstätige schaffen, damit das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft und eine höhere Produktivität realisiert werden kann.

Dies führt mich zurück zum liberalen Kompass, den wir schärfen müssen. Der Standort Schweiz braucht eine **Fitnesskur im Sinne eines konsequenteren Bürokratieabbaus**. Wir haben kürzlich eine Studie präsentiert und aufgezeigt, dass in der Schweiz jährliche Bürokratiekosten im Umfang von 30 Milliarden Franken vermeidbar wären, wenn die Schweizer Behörden ihre Prozesse effizienter und digitaler ausgestalten würden. Ein Beispiel sind die unsäglich langwierigen Prozesse für eine Baubewilligung. Da schneidet die Schweiz im internationalen Vergleich schlecht ab. Wir hätten es in der Hand, dies zu ändern. Da redet kein internationales Gremium oder die EU mit. Anstatt mit böser Mine nach Brüssel zu schauen, sollten wir vielmehr auf unsere eigenen Behörden und Regulierungen schauen – und wo immer möglich entschlacken und entlasten. Ein anderes Beispiel: Das Lohn- und Stellenwachstum beim Bund ist höher als jenes im Privatsektor. Das muss uns Sorgen machen. Der Staat wächst schneller als die Privatwirtschaft, welche den Staat wiederum finanziert. Auch hier müssen wir ansetzen. Es beginnt damit, dass der Staat nicht höhere Löhne zahlt als die Privatwirtschaft. Mit einer mit der Privatwirtschaft vergleichbaren Lohnpolitik beim Bund könnten gemäss Schätzungen rund 700 Millionen Franken freigemacht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Eine **Aussenwirtschaftspolitik der Offenheit** und des freien Handels und eine **Wirtschaftspolitik, die Bürokratie abbaut** und wettbewerbsfreundliche Standortbedingungen schafft, sind zentrale Schlüssel, damit die Schweiz auch in turbulenten Zeiten erfolgreich bleibt.

Sperrfrist bis 09.45 Uhr

Jahresmedienkonferenz 2026

3. Februar 2026

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zur Schuldenwirtschaft – Ja zur Individualbesteuerung

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch von meiner Seite begrüsse ich Sie herzlich und ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.

Ich möchte an den Ausführungen von Christoph Mäder zu unseren Bestrebungen im Bereich des Bürokratieabbaus anknüpfen. Wir haben vorhin Vorschläge gehört, mit denen bestehende Regulierungen vereinfacht werden könnten. Solche Entlastungen sind für die Schweizer Unternehmen zentral. Ebenso wichtig ist, dass wir uns nicht noch zusätzlich neue Regulierungen und damit noch mehr Regulierungslast aufhalsen. Ich denke dabei konkret an die neue **Konzernverantwortungsinitiative** und die damit verbundene **Nachhaltigkeitsregulierung**. Hier müssen wir aufpassen, dass wir nicht komplett im Abseits landen. Denn während die EU mit dem «Omnibus»-Paket ihre Nachhaltigkeitsregeln deutlich entschlackt, droht in der Schweiz das pure Gegenteil zu passieren. Mit der neuen Konzernverantwortungsinitiative würde in der Schweiz die Nachhaltigkeitsregulierung zusätzlich mit neuen Vorschriften, Pflichten sowie Aufsichts- und Haftungsregeln verschärft. Das ist ein Irrweg. Klar ist: Diese Initiative würde die Schweiz gerade auch im Lichte der aktuellen Entwicklungen in der EU international vollständig entkoppeln. Das lehnen wir klar ab. Dies gesagt, ist für uns auch zentral, dass der vom Bundesrat geplante Genvorschlag in keiner Form über die EU-Standards hinausgeht.

Neue Lasten drohen auch mit der **Klimafonds-Initiative**, über die wir in wenigen Wochen abstimmen werden. Bei Annahme der Initiative würden wir einen Schuldenberg in bisher unbekannter Höhe anhäufen. Für den neuen Staatsfonds müsste der Bund jährlich bis zu 1 Prozent des BIP aufwenden. Gemäss Bundesrat sprechen wir von jährlichen Beträgen in Höhe bis zu 8 Milliarden Franken. Wie das finanziert werden soll, lassen die Initianten selbstverständlich offen. Es ist eine weitere Initiative, die vom Staat etwas bestellen will, ohne aber zu sagen, wer die Rechnung bezahlen soll. Es bleiben drei Möglichkeiten und wahrscheinlich kämen bei einer Annahme alle drei zum Zuge: Neue Schulden, Einsparungen im jetzigen Bundeshaushalt und massive Steuererhöhungen. Aus Sicht der Wirtschaft gehört auch dieser nächste Steuer- und Schuldenhammer klar abgelehnt.

Doch selbst bei einer Ablehnung der Klimafonds-Initiative drohen dem Bund höhere Schulden. Für uns ist deshalb klar: Das **Entlastungspaket 27** ist zwingend notwendig. Nur so können wir die Schuldenbremse einhalten. Der Ständerat ist in der vergangenen Wintersession dem Vorschlag des Bundesrats nur teilweise gefolgt. Bei zahlreichen ausgabenseitigen Massnahmen hat er den Entlastungsbeitrag gekürzt oder sogar ganz gestrichen. Unter dem Strich hat der Ständerat das Entlastungspaket auf rund zwei Drittel des ursprünglich vorgesehenen Volumens reduziert. Das ist finanzpolitisch ungenügend, was teilweise in der

kleinen Kammer auch offen eingeräumt wurde. Für den Haushaltsausgleich fehlt nach der Beratung im Ständerat eine Milliarde Franken. Die Räte sind in der kommenden Frühjahrssession gefordert, ausgabenseitig den vollen Entlastungsumfang sicherzustellen. Denn nur so kann die Grundlage für den Haushaltssausgleich und die stabile Entwicklung der Bundesfinanzen in den nächsten Jahren gelegt werden. Wir müssen uns vor Augen halten: Die Stabilität ist eine Stärke der Schweiz. Und sie steht und fällt auch mit der finanziellen Solidität unseres Staates. Sie hat einen enormen Wert, den wir nicht aufs Spiel setzen sollten.

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist schliesslich die steuerliche Attraktivität für Privatpersonen und Unternehmen. Mit der Abstimmungsvorlage über die Einführung der **Individualbesteuerung** haben wir die Chance, das Steuersystem für die Privatpersonen attraktiver auszustalten. Die heutige Paarbesteuerung führt dazu, dass gewisse verheiratete Doppelverdiener mehr Steuern zahlen als unverheiratete Paare mit vergleichbaren Einkommen. Diese sogenannte Heiratsstrafe, die vor allem bei der Bundessteuer besteht, trifft rund 670'000 Ehepaare. Darüber hinaus bringt das bestehende System einen ungewünschten Nebeneffekt mit sich: Die gemeinsame Besteuerung dämpft die Erwerbsanreize von Zweitverdienenden, meist Frauen. Denn Zusatzeinkommen fallen rasch in eine höhere Progressionsstufe und damit wird ein höheres Arbeitspensum unattraktiver. Mit der Einführung der Individualbesteuerung können diese Probleme gelöst werden. economiesuisse unterstützt die Individualbesteuerung und hat die Ja-Parole für die Abstimmung am 8. März gefasst. Wir sehen darin eine wichtige Massnahme gegen den Fachkräftemangel und zur besseren Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Präsident hat es erwähnt: In vielen Bereichen der Standortpolitik liegt es einzig und allein in unseren Händen, Schritte vorwärtszumachen. Nehmen wir also diesen Weg unter die Füsse. Engagiert und mit Tatendrang. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Gerne stehen wir für Ihre Fragen und den Austausch mit Ihnen zur Verfügung.